



Bewerbungsbedingungen für Sicherungsleistungen und bauaffine Dienstleistungen der Deutschen Bahn Aktiengesellschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen – nachfolgend Auftraggeber genannt – (BWB SbaD)

Der Auftraggeber behält sich vor, Angebote, die diesen Bewerbungsbedingungen nicht entsprechen, von der Wertung auszuschließen.

1. Integritätsklausel

- 1.1. Auftraggeber und Bewerber/ Bieter verpflichten sich, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption und anderen strafbaren Handlungen zu ergreifen. Sie verpflichten sich insbesondere, in ihren Unternehmen alle notwendigen Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen, um schwere Verfehlungen zu vermeiden.

Schwere Verfehlungen sind, unabhängig von d. Beteiligungsform der Täterschaft, Anstiftung oder Beihilfehandlung

- a) schwerwiegende Straftaten, die im Geschäftsverkehr begangen worden sind. Hierzu zählen strafbare Handlungen, die einen Betrug (§ 263 StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Fälschung beweiserheblicher Daten (§ 269 und § 270 StGB), Mittelbare Falschbeurkundung (§ 271 StGB), Urkundenunterdrückung (§ 274 StGB) und Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB) darstellen,
- b) das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von Vorteilen an Beamte, Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete, die bei der Vergabe oder Ausführung von Aufträgen mitwirken (Bestechung oder Vorteilsgewährung) - §§ 333 - 335 StGB,
- c) das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von Vorteilen an Vorstände, Geschäftsführer oder sonstige Beschäftigte der DB AG, ohne dass es sich bei diesen Beschäftigten um Amtsträger oder besonders für den öffentlichen Dienst Verpflichtete handelt (vgl. insoweit auch §§ 299, 300 StGB, soweit es sich um die Bestechung von Angestellten handelt),
- d) das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von Vorteilen an freiberuflich Tätige, die im Auftrag der DB AG oder ihrer Konzernunternehmen bei der Auftragsvergabe oder der Auftragsabwicklung tätig sind (vor allem Planer, Bauüberwachung),
- e) das zu Zwecken des Wettbewerbs, aus Eigennutz, zugunsten eines Dritten oder in der Absicht, dem Inhaber des Geschäftsbetriebs Schaden zuzufügen, unbefugte Verschaffen, Sichern, Verwerten oder Mitteilen von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen im Sinne des § 17 Abs. 2 UWG, das zu Zwecken des Wettbewerbs oder aus Eigennutz unbefugte Verwerten oder Mitteilen im geschäftlichen Verkehr anvertrauter Vorlagen oder Vorschriften technischer Art im Sinne des § 18 UWG sowie darüber hinaus die zu Zwecken des Wettbewerbs oder aus Eigennutz unbefugte Verwertung oder Weitergabe von im geschäftlichen Verkehr anvertrauter Vorlagen oder Vorschriften technischer Art und kaufmännischer Informationen des Auftraggebers auch auf Disketten und sonstigen Datenträgern, sowie
- f) Verstöße gegen den Ersten Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), unter anderem Beteiligung an Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, Beteiligung an Empfehlungen oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über die Aufrechnung von Ausfallentschädigungen sowie über Gewinnbeteiligung und Abgaben an andere Bewerber/ Bieter.

Eine schwere Verfehlung im vorgenannten Sinne liegt auch vor, wenn der Bewerber/ Bieter bzw. Unternehmer Personen, die Beschäftigten, Geschäftsführern oder Vorständen des DB-Konzerns nahe stehen, unerlaubte Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt.

Eine solche Verfehlung liegt ebenfalls vor, wenn der Bewerber/ Bieter oder Unternehmer konkrete Planungs- und Ausschreibungshilfen leistet, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu unterlaufen.

- 1.2. Wird im Zusammenhang mit der Abwicklung des konkreten Bieterverfahrens/ Auftragsverhältnisses/ Bauvorhabens zum Nachteil des Auftraggebers eine schwere Verfehlung im Sinne der Ziff. 1.1 durch einen Mitarbeiter oder Geschäftsführer/Vorstand des Auftragnehmers oder eines von ihm beauftragten Subunternehmers heraus begangen, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine Vertragsstrafe zu zahlen. Sie beläuft sich
- a) auf 7 % der geprüften Bruttoabrechnungssumme, soweit die Verfehlung durch einen Geschäftsführer/Vorstand des Auftragnehmers begangen wurde,
 - b) auf 5 % der geprüften Bruttoabrechnungssumme, soweit die Verfehlung durch einen Prokuristen oder Handlungsbevollmächtigten begangen wurde,
 - c) auf 2 % der geprüften Bruttoabrechnungssumme, soweit die Verfehlung durch andere Mitarbeiter oder Subunternehmer des Auftragnehmers begangen wurde,

mindestens jedoch auf 5.000 €. Die Geltendmachung eines Schadensersatzes durch den Auftraggeber infolge einer begangenen Verfehlung bleibt von der Vertragsstrafe unberührt, wobei in diesem Fall eine verwirkte Vertragsstrafe auf diesen Schadensersatz angerechnet wird. Eine nach dieser Ziffer verwirkte Vertragsstrafe steht neben anderen Vertragsstrafen; sie wird gesondert geltend gemacht. Eine solche Geltendmachung ist bis zur Schlusszahlung möglich.

Eine Vertragsstrafe nach dieser Vorschrift entfällt, soweit eine schwere Verfehlungen gemäß Ziff. 1.1 durch einen Subunternehmer des Auftragnehmers begangen, die Auswahl dieses Subunternehmers durch den Auftraggeber zwingend vorgeschrieben wurde und der Auftragnehmer bzw. bei ihm beschäftigte Mitarbeiter, deren Vorstände oder Geschäftsführer oder sonst von ihm eingeschaltete Dritte nicht selbst an der schweren Verfehlung beteiligt sind.

- 1.3. Wird eine schwere Verfehlung im Sinne der Ziff. 1.1 durch einen Mitarbeiter oder Geschäftsführer/Vorstand des Auftragnehmers heraus begangen,
 - a) ist der Auftraggeber zur außerordentlichen fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt.
 - b) wird der Auftragnehmer bei Aufträgen durch die DB AG und ihrer Konzernunternehmen grundsätzlich von der Teilnahme am Wettbewerb für einen Zeitraum von vier Monaten bis zu drei Jahren ausgeschlossen. In besonders schweren Fällen einer Verfehlung kann die Sperre auf bis zu sieben Jahre verlängert werden. Dabei weist der Auftraggeber gesondert darauf hin, dass ein Ausschluss vom Wettbewerb auch dann erfolgen kann, wenn bereits ein dringender Tatverdacht für eine Verfehlung gemäß Ziff. 1.1 besteht.

- 1.4. Auftraggeber und Auftragnehmer geben sich zur Ermöglichung der Etablierung und Ausgestaltung einer rechtskonformen Geschäftsbeziehung wechselseitig die Zustimmung zur regelmäßigen Überprüfung ihrer Daten nach den jeweils aktuellen Sanktionslisten auf Basis der EG-VO 2580/2001 und EG-VO 881/2002 (Anti-Terror-Verordnungen) und sonstigen nationalen und internationalen Embargo- und Handelskontrollvorschriften. Dabei werden sie sämtliche einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere hinsichtlich der Datensparsamkeit und der Datensicherheit, beachten.

Der Auftragnehmer erklärt, dass sein Unternehmen und seine Mitarbeiter nicht auf einer der vorgenannten Sanktionslisten verzeichnet sind. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass im Geschäftsbetrieb seines Unternehmens die Umsetzung der Anti-Terror-Verordnungen und sonstigen nationalen und internationalen Embargo- und Handelskontrollvorschriften erfolgt. Weiterhin verpflichtet sich der Auftragnehmer, etwaige bei der Prüfung nach den vorgenannten Sanktionslisten gefundene positive Ergebnisse dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

- 1.5 Der Umfang der Sperre sowie die Wiedenzulassung zum Wettbewerb richten sich nach der „Richtlinie der DB AG zur Sperrung von Auftragnehmern oder Lieferanten“, welche jederzeit beim AG eingesehen werden kann.

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

2. Mitteilungen von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter unverzüglich den Auftraggeber vor Angebotsabgabe elektronisch über das Vergabeportal der DB AG darauf hinzuweisen.

3. Angebot

- 3.1. Angebote können nur über das Vergabeportal der Deutschen Bahn AG übermittelt werden.

Es gelten die Nutzungsbedingungen für das Vergabeportal der Deutschen Bahn AG in der jeweils gültigen Fassung.
- 3.2. Für das Angebot sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Vordrucke (Einzelvertrag und Rahmenvereinbarung über Sicherungsleistungen und/oder bauaffine Dienstleistungen mit Anlagen, nachfolgend „Vertrag SbaD“) zu verwenden.
- 3.3. Anstelle der vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Leistungsbeschreibung dürfen selbstgefertigte Abschriften oder Kurzfassungen verwendet werden, wenn der Bieter den vom Auftraggeber verfassten Wortlaut der Leistungsbeschreibung schriftlich als allein verbindlich anerkennt. Kurzfassungen müssen die Ordnungszahlen (Positionen) der vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Leistungsbeschreibung vollzählig, in der gleichen Reihenfolge und mit den gleichen Nummern enthalten.
- 3.4. Im Vertrag SbaD sind die geforderten Eintragungen (kenntlich gemacht durch einen senkrechten Strich am rechten Textrand) vorzunehmen sowie alle Erklärungen und Angaben auf den hierfür vorgesehenen Formularen (Anlagen zum Vertrag SbaD) abzugeben. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen (Streichungen oder Ergänzungen) des Bieters am vorgegebenen Text des Vertrag SbaD berechtigen den Auftraggeber zum Ausschluss des Angebotes.
- 3.5. Stimmt der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) mit dem Produkt aus Einheitspreis und Mengenansatz nicht überein, ist für die Wertung der Einheitspreis maßgebend.
- 3.6. Alle Preise sind unter Bezeichnung der Währung einheitlich in Euro anzugeben. Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben.
- 3.7. Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Es muss mit Unterschrift versehen sein.

- 3.8. Der AG behält sich vor Angebote von Bietern auszuschließen, wenn mit dem beauftragten Bau-/Sicherungsüberwacher eine gesellschaftliche/verwandtschaftliche Verbundenheit oder wirtschaftliche Abhängigkeit besteht. Bei Einzelverträgen und bei Einzelvereinbarungen zum Rahmenvertrag hat der AN zu erklären, dass er mit der beauftragten Bau-/ Sicherungsüberwachung nicht verbunden (gesellschaftlich/verwandtschaftlich) oder davon wirtschaftlich abhängig ist. Bei Bietergemeinschaften gilt diese Verpflichtung bezogen auf jedes einzelne Gemeinschaftsmitglied. Verbundenheiten oder Abhängigkeiten sind dem AG zu benennen.

4. Änderungsvorschläge / Nebenangebote

Sofern die Abgabe von Änderungsvorschlägen/Nebenangeboten nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist, gilt:

- 4.1. Änderungsvorschläge/Nebenangebote müssen auf beigefügtem Formular zum Vertrag SbaD, Anlage 5 gemacht und als solche deutlich gekennzeichnet sein.
- 4.2. Änderungsvorschläge oder Nebenangebote sind zugelassen, wenn sie gleichwertig sind oder zu einer höherwertigen Sicherungsmaßnahme nach RIMINI führen.
- 4.3. Der Änderungsvorschlag/das Nebenangebot muss - soweit nach Art der Leistung erforderlich - enthalten:
- a) Erläuterungsbericht nach technischen, wirtschaftlichen und sicherheitsrelevanten Gesichtspunkten (in Abstimmung mit der für den Bahnbetrieb zuständigen Stelle - BzS -).
 - b) Bauzeitenplan -Fristen und Termine-.
 - c) Leistungsverzeichnis - LV-

Der Änderungsvorschlag/das Nebenangebot ist soweit wie möglich auf der Grundlage des Standard-Leistungsverzeichnisses SbaD der DB AG zu erstellen. Es muss alle für die Durchführung der Sicherungsleistungen/ bauaffinen Dienstleistungen erforderlichen Positionen und diese in der sachlichen Reihenfolge des Hauptangebots enthalten, so dass ein unmittelbarer Vergleich mit diesem möglich ist.

5. Preisermittlung

Der Bieter hat zusätzlich zum Vertrag SbaD auf Verlangen die Preisermittlung für die angebotene Leistung auf Vordruck 208.1214V70 elektronisch zu übergeben. Der Auftraggeber ist berechtigt die Preisermittlung einzusehen.

6. Angebotsfrist

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote über das Vergabeportal der Deutschen Bahn AG zurückgezogen werden.

7. Eignungsnachweis

Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit Angaben zu den in der Veröffentlichung genannten Kriterien zu machen.

8. Örtliche Verhältnisse

Der Bewerber muss sich vor Abgabe seines Angebots über alle örtlichen Verhältnisse unterrichten, die für die Ausführung der Sicherungsleistungen/bauaffinen Dienstleistungen und für die Preisermittlung bedeutsam sein können. Hierzu hat er sich, wenn nötig, mit der im Anschreiben genannten Stelle in Verbindung zu setzen.

9. Bankverbindung

Der Bieter hat im Auftragsfall bei Arbeitsgemeinschaften auf Verlangen unverzüglich seine Firmierung und seine Bankverbindung mitzuteilen.

